

Finaler Entwurf: Zustimmung bis 24. Februar 2016:

# **Energiewende und Transition Énergétique:**

**Empfehlungen an die nationale Ebene in  
Deutschland und Frankreich für eine  
beschleunigte Umsetzung der Energiewende  
auf kommunaler Ebene**

---

2016

**Gemeinsame Erklärung der deutschen und französischen  
Covenant Clubs**

## **Der Konvent der Bürgermeister**

Der Konvent der Bürgermeister (Covenant of Mayors) ist eine EU-Initiative, die Kommunen direkt in die Gestaltung einer nachhaltigen Energiepolitik für Europa einbezieht und ihre Rolle beim Klimaschutz anerkennt. Im Rahmen des Konvents haben sich bisher rund 6.500 Städte und Gemeinden verpflichtet, die europäischen 2020-Klimaschutzziele zu erreichen oder sogar zu übertreffen. Sie erstellen Emissionsbilanzen und Aktionspläne (SEAPS) und erstatten regelmäßig Bericht über ihre Fortschritte bei der Umsetzung. Im Oktober 2015 wurde der Neue Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie durch EU-Kommissar Cañete vorgestellt. Dieser führt die erfolgreichen Initiativen Konvent der Bürgermeister und Mayors Adapt zusammen und entwickelt diese weiter: Städte und Gemeinden verpflichten sich bis 2030 den CO<sub>2</sub> Ausstoß auf ihrem Gemeindegebiet um mindestens 40% zu reduzieren und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel umzusetzen.

## **Die Covenant Clubs in Deutschland und Frankreich**

Mit dem Ziel, die Unterzeichnerstädte des Konvents auch auf nationaler Ebene zu vernetzen, wurden im Rahmen des EU-Projekts NETCoM in insgesamt 12 Ländern sogenannte Covenant Clubs gegründet. Sie dienen dem regelmäßigen Informations- und Wissensaustausch der Konvent-Unterzeichner untereinander, aber auch dem Dialog zwischen den verschiedenen Politikebenen. Im Sinne einer aktiven deutsch-französischen Zusammenarbeit wollen die beiden Covenant Clubs in Deutschland und Frankreich eine Vorreiterrolle übernehmen und die Umsetzung der Energiewende in unseren beiden Ländern unterstützen und vorantreiben. Die deutsch-französische Zusammenarbeit soll Vorbild für die grenzüberschreitende Vernetzung auf lokaler Ebene in Europa sein.

Die gemeinsame Energieerklärung des deutsch-französischen Ministerrates vom 31. März 2015 befürwortet den Erfahrungsaustausch lokaler Behörden und einen Prozess, der von „unten nach oben abläuft“. Unsere beiden Covenant Clubs begrüßen die dort geforderte verstärkte regionale Zusammenarbeit ausdrücklich. Wir begrüßen darüber hinaus die Initiative der EU-Kommission die Initiative den Konvent der Bürgermeister auf andere Teile der Welt auszuweiten und hiermit zu einem zentralen Element der europäischen Klima-Diplomatie zu machen.

## **Empfehlungen an unsere beiden Regierungen**

Die deutsch-französische Achse bildet die zentrale Triebfeder der Europäischen Union und beide Länder nehmen eine Vorreiterrolle in der europäischen Energie- und Klimapolitik ein. Mit der Energiewende in Deutschland und dem Gesetz zur „Transition énergétique“ in Frankreich zeigen beide Länder ihre Entschlossenheit in der Klima- und Energiepolitik neue Wege zu beschreiten. Beiderseits des Rheins kommt den Kommunen dabei eine zentrale Rolle zu. Damit Städte und Gemeinden ihren Beitrag leisten können, müssen allerdings die Rahmenbedingungen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene stimmen. Wir fordern unsere beiden Regierungen daher dazu auf, gemeinsam auf die folgenden Ziele hinzuwirken.

## **Stärkere Unterstützung des Konvents der Bürgermeister durch die deutsche und französische Regierung**

Zahlreiche Städte und Gemeinden in Deutschland und Frankreich verpflichten sich im Rahmen des europäischen Konvents der Bürgermeister seit 2009 zur Erreichung konkreter Reduktionsziele und zeigen somit ihr besonderes Engagement in der lokalen Energie- und Klimapolitik. 140 Kommunen in Deutschland und Frankreich haben den Konvent bisher unterzeichnet. Eine stärkere Unterstützung durch die nationalen Regierungen in Deutschland und Frankreich würde nicht nur die Konvent-Unterzeichner in ihren Anstrengungen bekräftigen und zusätzlich motivieren, sondern auch die Zahl der Unterzeichner steigern und somit den Klimaschutz auf kommunaler Ebene weiter vorantreiben. **Das Prinzip der Subsidiarität sollte dabei immer der Ausgangspunkt einer integrierten nationalen und europäischen Klimaschutzpolitik bilden. Hier schlagen wir zum Beispiel vor, dass die französische Energieagentur ADEME nicht nur die französischen Klimaschutzpläne Plans Climat Air Energie Territoriaux (PCAETs) anerkennt, sondern auch für die Bewertung des im Rahmen des Konvents der Bürgermeister zu erstellenden Sustainable Energy Action Plans (SEAPs) zuständig ist. Um einen unnötigen Zeit- und Arbeitsaufwand für die Städte zu vermeiden, empfehlen wir stärkere Konformität zwischen europäischen und nationalen Instrumenten (Klimaschutzkonzepte für Deutschland, PCAET via Cit'ergie für Frankreich), wie etwa die Harmonisierung der Kriterien für ihre Umsetzung.**

## **Weiterleitung der Einnahmen aus dem Europäischen Emissionshandel**

Wir erkennen ausdrücklich die progressive Position der deutschen und französischen Regierungen bei der Reform des EU Emissionshandelssystems an. Sofern an dem Instrument des Emissionshandels festgehalten wird, bestehen wir darauf, dass die Einnahmen aus der Versteigerung der Zertifikate direkt als zusätzliche Mittel in die nationalen Klimaschutzprogramme wie „Habiter mieux“ in Frankreich oder die Nationale Klimaschutzinitiative in Deutschland fließen. **Wir plädieren daher für eine effektive Umsetzung der vom Europäischen Parlament beschlossenen Reform des EU Emissionshandelssystems und dessen weitere zielgerichtete Anpassung zur Erreichung der 2030 Klimaschutzziele. Vor allem müssen die Kommunen vor Ort von den Einnahmen aus dem europäischen Emissionshandel profitieren können.**

## **Für eine lokal verankerte Energieunion**

Wir begrüßen grundsätzlich die von der EU-Kommission vorgelegte Rahmenstrategie für eine Europäische Energieunion, die sich eine dezentrale Energieversorgung und die Stärkung der Verbraucher zum Ziel gesetzt hat. Die geplante Energieunion darf dabei aber nicht den Charakter einer Gas-, Atom- und Ölunion erhalten, sondern sollte zur Erhöhung der Energiesicherheit verstärkt auf die Nutzung erneuerbarer Energien und die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen setzen. Die Bezugsquellen konventioneller Energieträger dürfen nicht nur diversifiziert, sondern müssen Schritt für Schritt durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Zur Erreichung dieser Ziele müssen die Kommunen in alle folgenden gesetzlichen Initiativen und deren Überarbeitung im Rahmen der Energieunion einbezogen werden, sowohl in die Entwicklung als auch deren Umsetzung. **Wir plädieren dafür, dass das Potenzial der Kommunen für die Entwicklung einer Europäischen**

**Energieunion anerkannt und gefördert wird und dass sich nationale und europäische Strategien und Förderinstrumente für Kommunen an den Zielen einer nachhaltigen Europäischen Energieunion orientieren.**

### **Weltklimaabkommen von Paris konsequent umsetzen**

Die französischen und deutschen Unterzeichner des Konvents der Bürgermeister begrüßen das in Paris verabschiedete Weltklimaabkommen als ersten wichtigen Schritt, die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C halten und Anstrengungen zu unternehmen den Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen. Wir fordern Deutschland und Frankreich dazu auf, das Abkommen rasch zu ratifizieren. Das verabschiedete Abkommen selber stellt die Besorgnis deutlich heraus, dass die bisher eingereichten Verpflichtungen zur Reduktion der CO<sub>2</sub> Emissionen (Intended Nationally Determined Contributions - INDCs) nicht ausreichend sind um dieses Ziel zu erreichen. Deshalb erachten wir es als notwendig, dass sich Deutschland und Frankreich für einen ambitionierteren Klimaschutzbeitrag der EU einsetzen. Dieser sollte auf den ehrgeizigen Klimaschutzbemühungen der lokalen und regionalen Akteure aufbauen, die auch an verschiedenen Stellen des Abkommens in ihrer essentiellen Rolle im Kampf gegen den Klimawandel gewürdigt wurden. Der Text geht auf die Notwendigkeit ein, sie hierin zu unterstützen. Wir fordern die deutsche und französische Regierung dazu auf, den Empfehlungen im Abkommen nachzukommen und passende Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Klimaschutzaktivitäten auf lokaler Ebene sowie bi- und multilaterale Partnerschaften zur globalen Energiewende fördern. Um Klimaschutzmaßnahmen umsetzen zu können, fordern wir auch den Zugang für lokale und regionale Regierungen zu den Förderinstrumenten Green Climate Fund, Global Environment Facility und Adaptation Fund. Kommunen mit Klimaschutz- und Anpassungsplänen, wie sie im Rahmen des Konvents der Bürgermeister erstellt werden, sollten vorrangig mit Mitteln zur Umsetzung ihrer Projekte ausgestattet werden.

\*\*\*

Folgende Konvent-Unterzeichner und Mitgliedern der deutschen und französischen Covenant Clubs unterstützen diese gemeinsame Erklärung:

## Empfehlungen an die deutsche Regierung

Deutschland hat sich im Rahmen der Energiewende einer grundlegenden Transformation seiner Energieversorgung und Wirtschaftsweise verschrieben. Die Herausforderungen bei der Umsetzung sind immens, aber wir als Kommunen und Konvent-Unterzeichner können unter den richtigen Rahmenbedingungen einen entscheidenden Beitrag leisten.

### Eine lokale Energieversorgung von Bürgern für Bürger

Eine Energieversorgung, die auf erneuerbaren Energien basiert, erfolgt überwiegend in dezentralen Erzeugungsstrukturen. Die Dezentralität stärkt die Resilienz gegen Extremereignisse als Folge des Klimawandels und verringert gleichzeitig die Anfälligkeit für großflächige Blackouts. Zudem stoßen kommunal getragene Einrichtungen zur Erzeugung erneuerbarer Energien grundsätzlich auf größere Akzeptanz in der Bevölkerung und sichern Wertschöpfung vor Ort. Durch eine weitere Förderung kleinerer Anlagen ließe sich auch die für das Gelingen der Energiewende so wichtige Akteursvielfalt erhalten. Aus diesem Grund sehen wir das geplante Ausschreibungsverfahren für Erneuerbare Energien-Anlagen kritisch, nach dem die Fördersätze für Erneuerbare-Energien-Anlagen zukünftig im Rahmen von Ausschreibungen wettbewerblich ermittelt werden. Ein solches Ausschreibungsverfahren bereits für Anlagen mit einer Leistung über 1 MW würde Bürgerprojekte und kleinere Projektentwickler benachteiligen und die Akteursvielfalt gefährden. **Um die für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende notwendige Akzeptanz bei den Bürgern zu erhalten und die Wertschöpfung in den Kommunen vor Ort zu sichern, sollten in dem für 2016 geplanten Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 3.0 Ausnahmen oder Besserstellungen im Ausschreibungsverfahren für kleinere und gegebenenfalls kommunal verankerte bzw. Bürger-Anlagen vorgesehen werden.**

### Für einen fairen Konzessionswettbewerb

Immer mehr Kommunen erkennen die Potenziale einer eigenverantwortlichen Energieversorgung und -erzeugung. Sie wollen über die Kommunalisierung beziehungsweise Rekommunalisierung ihrer Energieversorgungsnetze die Erreichung der lokalen bzw. nationalen Klimaschutzziele unterstützen und die Nutzung erneuerbarer Energien noch schneller vorantreiben. Um diesen Prozess zu erleichtern, müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Übernahme der Versorgungsnetze verbessert werden. So ist die Vorgabe einer „wirtschaftlich angemessenen Vergütung“ des § 46 Abs. 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) für den Rückkauf der Netze zu unpräzise und ermöglicht den Altkonzessionären, überhöhte Preise für den Verkauf der Netze zu verlangen. Im Rahmen der Neuvergabe von Konzessionen gibt es zudem vermehrt Fälle, wonach der bisherige Konzessionär die Netzübernahme erschwert, verzögert oder die Zahlung der Konzessionen schon vor der vollständigen Netzübergabe einstellt. Daher würde z.B. eine Verlängerung der Zahlungsverpflichtung für die Altkonzessionäre in § 48 Abs. 4 EnWG bei Verzögerungen den Kommunen entgegenkommen. **Um die Rekommunalisierung zu erleichtern und einen fairen Konzessionswettbewerb zu ermöglichen, fordern wir daher, dass den Kommunen die Übernahme der lokalen Versorgungsnetze durch bessere gesetzliche Rahmenbedingungen grundsätzlich erleichtert wird.**

### **Einnahmeverluste für die Kommunen durch Energieeffizienz verhindern**

Die Konzessionsabgaben für die Nutzung der lokalen Verteilernetze kommen direkt den kommunalen Haushalten zu Gute und stellen eine wichtige Einnahmequelle für die Kommunen dar. 2011 flossen so insgesamt 3,5 Mrd. Euro in die kommunalen Kassen. Die an den Verbrauch gekoppelte Kalkulationsmethode hat jedoch den paradoxen Effekt, dass je mehr Strom in einer Kommune über Effizienzmaßnahmen eingespart oder auch vor Ort produziert wird (ohne Nutzung des Verteilernetzes), desto geringer sind die kommunalen Einnahmen aus der Konzessionsabgabe. Deswegen müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen (EnWG und Verordnung über Konzessionsabgaben für Strom und Gas (KAV)) so gesetzt werden, dass die Kommunen nicht durch ein gemindertes Konzessionsabgabenaufkommen für künftige Energieeffizienz- und Einsparmaßnahmen bestraft werden. **Um Einnahmeverluste für die kommunalen Haushalte zu verhindern, ist es deshalb notwendig eine mengenunabhängige Konzessionsabgabenberechnung im EnWG und der KAV gesetzlich zu verankern. Gleichzeitig sollten die Energienetzbetreiber darin verpflichtet werden, weiterhin die jährlich transportierten Energiemengen an die Kommunen zu übermitteln, damit diese die Daten für ihr territoriales Klimaschutz-Monitoring verwenden können.**

### **Energetische Gebäudesanierung**

Wir, als Unterzeichner des Konvents der Bürgermeister, unterstützen ausdrücklich das Ziel der Bundesregierung, bis 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen. Mit den zurzeit verfügbaren Mitteln von 2 Mrd. Euro pro Jahr aus dem CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm ist eine angestrebte jährliche Sanierungsrate von ca. 2% des Gebäudebestandes jedoch nicht realistisch. Wir empfehlen daher, eine Erhöhung der Mittel auf mindestens 5 Mrd. Euro, wie es auch die kommunalen Spitzenverbände fordern. Allerdings können nicht alle Kommunen gleichermaßen von den bestehenden Förderprogrammen profitieren, da die zum Teil extrem angespannte Haushaltslage mancher Kommunen selbst niedrigverzinsten Kredite nicht zulässt. Es sollte daher ein spezielles Förderprogramm für besonders finanzschwache Kommunen aufgelegt werden. Neben Investitionsprogrammen sollte auch weiterhin über die steuerliche Förderung von Gebäudesanierungen nachgedacht werden, um so weitere Investitionsanreize zu setzen. **Um die Effizienzziele der Bundesregierung zu erreichen, ist es notwendig, die derzeit bereitgestellten Mittel für die Gebäudesanierung zu erhöhen sowie den Zugang zu diesen für finanzschwache Kommunen zu erleichtern.**

\*\*\*

Folgende Konvent-Unterzeichner und Mitglieder des deutschen Covenant Clubs unterstützen diese Erklärung:

I, **[Name of the Mayor (or other equivalent representative)]**, **[Mayor (or Job title)]** of **[Name of the local authority]** have been mandated by the **[Municipal Council (or equivalent decision-making body)]** on **[date]** to sign up to the **Covenant of Mayors for Climate and Energy**, in full knowledge of the commitments set out in the official [Commitment Document](#) and summarised below.

Therefore, my local authority principally commits to:

- Reducing CO<sub>2</sub> (and possibly other greenhouse gas) emissions on its territory by at least 40% by 2030, namely through improved energy efficiency and greater use of renewable energy sources;
- Increasing its resilience by adapting to the impacts of climate change.

In order to translate these commitments into action, my local authority undertakes to fulfil the following step-by-step approach:

- Carry out a **Baseline Emissions Inventory** and a **Climate Change Risk and Vulnerability Assessment**;
- Submit a **Sustainable Energy and Climate Action Plan** within two years following the above date of the municipal council decision;
- Report progress** at least every second year following the submission of the Sustainable Energy and Climate Action Plan for evaluation, monitoring and verification purposes.

I accept that my local authority shall be suspended from the initiative – subject to prior notice in writing by the Covenant of Mayors Office – in case of non-submission of the above-mentioned documents (i.e. Sustainable Energy and Climate Action Plan and Progress Reports) within the established deadlines.

**[Name and complete address of the local authority]**

**[Name, e-mail and phone number of the contact person]**



**SIGNATURE**